

Haushaltsrede 2014 Ratssitzung 17.12.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Presse,
liebe anwesende Bürgerinnen und Bürger

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir möchten Ihnen danken für Ihre erfolgreiche Arbeit und der damit verbundenen Abführung Ihrer Steuern und Gebühren.

Wir, die Freien Wähler werden sich für ein konsequentes Umsetzen der Haushaltssicherungsziele in unserer Stadt einsetzen.

Die Stadt hat im letzten und in diesem Jahr einen Anstieg des Steuervolumens von mehreren Millionen Euro vereinnahmt. Diese Mehreinnahmen wurden nicht zum Abbau unserer Schulden eingesetzt.

Der Kämmerer und Sie, lieber Herr Bürgermeister, haben Sie in Ihren Haushaltsreden zwei grundverschiedene Zielsetzungen erkennen lassen.

Der Kämmerer hat vorsichtig unter Einbeziehung des alten Haushaltssicherungskonzeptes den Haushalt 2014 aufgestellt. Der Kämmerer hat ein finanzielles Polster eingeplant mit dem Risikohinweis der Zinsen.

Der Bürgermeister stellt seine Fürsorge für das Personal an erster Stelle für den Haushalt 2014. Mit neuen Einstellungen, Beförderungen und eines Neubaus des Stadthauses wollen Sie den Bürger stärker belasten.

Dies alles wird das voraussichtliche Defizit für das Jahr 2014 aus der mittelfristigen Finanzplanung von geplanten 18 Millionen aus dem Entwurf 2012/13 auf 22 Millionen hochgeschraubt zum Entwurf 2014.

Heute, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe CDU und liebe standhafte FDP? Beschließen Sie Ihren Haushalt ohne neue Ziele aus dem Haushaltssicherungskonzept zu finden. Dies wird die Grundlage zur nächsten Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer in Bergisch Gladbach sein.

Wir, die Freien Wähler, sehen keinen Willen Herr Bürgermeister,

1. Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept von 2012 nach der neuen Finanzlage umzusetzen.
2. Neue Ziele zum Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten.
3. Die Verwaltung der Stadt effektiver mit den vorhandenen Mitarbeitern aufzustellen und mobilisieren.
4. Die Aufgaben der Stadt, der Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt konkret und verbindlich festzulegen
5. Doppelfunktionen in Zukunft von Verwaltung und Gesellschaften zusammen zu führen.

Ist es richtig, ungebremst weitere höhere Schulden zu machen? Eine Neuverschuldung von 80 Millionen Euro haben Sie in Ihrer Amtszeit als Bürgermeister zu verantworten.

Wir fragen Sie alle:

Ist es richtig, ungebremst weitere höhere Schulden für die Zukunft anhäufen für unsere Kinder und Jugend?

Wir haben vorgeschlagen, neue Sparmaßnahmen aus der Liste für Einsparungen in die Haushaltsberatungen neu einzubringen und im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten. Ebenso möchten wir eine Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadt mit der ausreichenden Besetzung der Mitarbeiter von der Stadt.

Wir sehen keine Bereitschaft bei Ihnen, eine solche Überprüfung auf den Weg zu bringen. Notwendig wäre es schon.

Als Beispiel für die Notwendigkeit gebe ich folgendes Beispiel:

Im Mai habe ich den Bürgermeister bezüglich des hohen Krankenstandes in bestimmten Bereichen unserer Verwaltung um Auskunft gebeten. Leider konnte ich keine Antwort feststellen, nur er wäre informiert darüber und er müsste erst mit bestimmten Personen und Gremien sprechen.

Der von uns angestoßene Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ hat in seiner Sitzung vom 22.07.2010 als Ziel einer Konsolidierung fünf Millionen Euro festgelegt. Ein Jahr nach Ihrem Amtsantritt war eine solche Arbeit noch mit voller Unterstützung der Verwaltung möglich, die mit ihren Vorschlägen für sogar weitere Kürzungen der Ausgaben mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, gingen. Es herrschte noch ein Wille zum Sparen.

Leider haben Sie – Herr Bürgermeister – als ihre Amtspflicht angesehen, nicht das Haushaltsdefizit mit geeigneten strukturellen und übergreifenden Bestandsaufnahmen zu analysieren und dann mit spezifischen Maßnahmen den Fehlerquellen und den Besetzungsproblemen zu Leibe zu rücken.

Hier – meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Rat – hätten wir den Bürgermeister gemeinsam von dieser Maßnahme überzeugen müssen.

Aber es ist nicht nur unser Kernhaushalt, der uns Sorge bereitet. Es sind auch die Eigenbetriebe und Gesellschaften unserer Stadt, die in den nächsten Jahren kräftig investieren werden auf Kosten der Gebührenzahler von Abwasser, Regenwasser und Entsorgungskosten.

Beim Abwasserbeseitigungskonzept haben wir die Verwaltung schon früh auf das Rösrather Modell hingewiesen. Die Rösrather haben zusammen mit der Bezirksregierung gemeinsam die Höhe der Investitionen auf die Höhe der Abschreibung aus der Bilanz festgelegt.

Warum sollen wir den Beschluss des neuen Abwasserbeseitigungs-konzeptes nicht umsetzen?
Hier sollten wir uns nicht bevormunden lassen.

Ebenso fordern wir die Kalkulation der Gebühren überprüfen für Regenwasser, Schmutzwasser und Abfall. Wir befürchten, die Höhe der Gebühren werden in der Zukunft ein Grund sein, dass Gewerbetreibende in Bergisch Gladbach sich nicht ansiedeln werden.

Wir schlagen vor, nach der Verabschiedung des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Rat die Kalkulation der Gebühren zu überprüfen.

Herr Bürgermeister,
mit unserem Antrag im Haupt- und Finanzausschuss wollten wir neue Einsparziele zum Haushalt 2014 mit der Verwaltung ausarbeiten. Sie schlugen vor, damit erst im Haushalt 2015 zu beraten.

Wird es dann nicht zu spät sein?

Ich unterstelle, dass Sie Herr Bürgermeister mit dem geringen Personalbestand argumentiert. Der Stellenplan liegt heute zur Abstimmung vor, zusammen mit dem Haushalt 2014 und einem Haushaltssicherungskonzept bis 2022.

Selbst das Haushaltssicherungskonzept 2012/2013 sah über den gesamten Zeitraum eine Neuverschuldung in Höhe von 118 Millionen Euro vor, die nun übertroffen wird, mit dem Haushalt 2014. Ein Haushaltssicherungskonzept ist im Fall einer Überschuldung nur genehmigungsfähig, wenn sie sowohl den Haushaltsausgleich als auch den Abbau der Überschuldung darstellen.

Ein Wort noch zum Haushaltssicherungskonzept: Die Vorgaben der alten Landesregierung für eine 10-jährige Finanzplanung erlauben einen um ca. 50 Millionen Euro höheren Ertrag an Steuern und Zuwendungen und einen um ca. 27 Millionen Euro niedrigeren Aufwand bei Personal und Transferleistungen. Diese Vorgaben sind alle nicht mehr zutreffend.

Im Klartext: Sie haben das Haushaltssicherungskonzept schön gerechnet und sich in der derzeitigen Haushaltswirtschaft gut eingerichtet. Die Mehreinnahmen verwenden Sie nicht zum Ziel einen Ausgleich der Finanzen zu erreichen. Damit ist jeder Anreiz, diesen Zustand zu verlassen genommen, die Haushaltswirtschaft zwingend an das Ziel des Haushaltsausgleichs zu gelangen und Schulden abzutragen.

Herr Bürgermeister,
Sie planen außerdem, was nicht im Haushalt 2014 berücksichtigt ist, für die Zukunft der Stadt ca. 120 Millionen Euro an Investitionen.
Es sollen die Stadtwerke gegründet werden, ein neues Stadthaus ist geplant und auch der Betriebshof Obereschbach wird erneuert und ein Wertstoffhof soll entstehen.

Die Fahrradstation mit 25 000,00 Euro Zuschuss an den Betreiber ist in trockenen Tüchern.

Dies wird zu höheren Abgaben bei den Gebühren und Steuern für unsere Bürger führen.

Herr Bürgermeister,
möchten Sie die Steuerzahler belohnen mit höheren Ausgaben und Belastungen für ihren Fleiß? Ihre Antwort gibt der Haushalt von 2014 mit 22 Millionen im Soll.

Diese Haltung werden wir nicht akzeptieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.